



Generalstaatsanwaltschaft

Einstellung des Verfahrens gegen zwei Beschuldigte, denen die Vorbereitung einer staatsgefährdenden Tat angelastet worden war (Aktualisierung der Pressemitteilungen 01/2021 vom 11.2.2021 und 02/2021 vom 19.2.2021 sowie 02/2022 vom 12.5.2022)

Den Beschuldigten war zur Last gelegt worden, im Januar 2021 mit einem weiteren Beschuldigten eine schwere staatsgefährdende Gewalttat vorbereitet zu haben (§ 89a StGB).

Die Staatsschutzabteilung der Generalstaatsanwaltschaft Naumburg hatte zunächst die Ermittlungen übernommen. Die Durchsuchung einer Wohnadresse in Dessau-Roßlau hatte den anfänglichen Verdacht begründet, dass mehrere Kilogramm Chemikalien angekauft worden seien, die zur Herstellung von Sprengsätzen hätten verwendet werden können. Die beiden Beschuldigten waren in Dänemark festgenommen worden; gegen sie hat die Staatsanwaltschaft Kopenhagen Ende Juni 2022 Anklage wegen gleicher Tatvorwürfe erhoben. Zurzeit dauert die Hauptverhandlung in Holbaek (Dänemark) gegen die zwei Beschuldigten an.

Die Generalstaatsanwaltschaft Naumburg hat daher das hier noch anhängige (Parallel-)Verfahren gegen die beiden Beschuldigten gemäß § 154 Abs. 1 StPO eingestellt, und zwar im Hinblick auf die Strafe, die die Beschuldigten in Dänemark zu erwarten haben. Das Verfahren gegen den dritten Beschuldigten, der in Deutschland festgenommen worden war, ist bereits im Mai 2022 mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt worden.

Tewes
(Pressesprecher)

Impressum:
Generalstaatsanwaltschaft Naumburg
Pressestelle
Curt-Becker-Platz 6
06618 Naumburg (Saale)
Tel: 03445 28-1732
Fax: 03445 28-1700
Mail: presse.gensta@justiz.sachsen-anhalt.de
Web: www.gensta.sachsen-anhalt.de